



# Privat statt kommunal, Profit statt Gemeinwohl?

Seit Jahren reagieren Städte und Gemeinden auf die Sozialkürzungen der jeweiligen Bundes- und Landesregierungen mit der gleichen Strategie: Der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Betriebe. Die Kosten für die Bevölkerung steigen, denn die Mittel, die für eine sachgerechte Ausstattung öffentlicher Einrichtungen angeblich fehlen, werden den Privaten als Gewinngarantien und Subventionen großzügig hinterhergeworfen. Leidtragende sind Bevölkerung und Beschäftigte. Die Menschen, die auf die öffentliche Daseinsvorsorge angewiesen sind, leiden unter den ständig sinkenden Standards, während sich die Beschäftigten mit Arbeitsverdichtung, Personalnotstand und sinkenden Realeinkommen konfrontiert sehen.

Besonders drastisch sind die Auswirkungen dieser Entwicklung beim Gesundheitswesen. Die Einsparungen bei Reinigung und Hygiene führen dazu, dass sich jedes Jahr mehr

als 900.000 Menschen in den Krankenhäusern mit gefährlichen Erregern infizieren. Zehntausende sterben jährlich in der Bundesrepublik an diesen Infektionen.

Die Entscheidung, öffentliches Eigentum zu privatisieren, erfolgt in der Regel intransparent und ohne Einbeziehung der Betroffenen. In Darmstadt war das schon 2009 bei der Umwandlung des städtischen Klinikums in eine gGmbH (gemeinnützige GmbH) der Fall.

Der damals zuständige **Stadtrat Molter** hatte erst alle Anfragen mit dem Argument „es sei noch keine Entscheidung gefallen“ abgeblockt, um dann die Umwandlung durchzupeitschen.

Der Druck auf das Klinikum und vor allem auf die Beschäftigten hat seitdem massiv zugenommen. „Die Umwandlung des Klinikums in eine privatrechtliche Organisationsform wird für die



Foto: Thomas Brenner

Beschäftigten Personalabbau und Lohn-drückerei und für die Patientinnen und Pati-enten weiteren Leistungsabbau bedeuten. Es geht darum, mehr Profit aus den Beschäf-tigten zu drücken. Worum es nicht geht sind Qualität der Versorgung und der Arbeitsbe-dingungen.“, so Rainer Keil, Mitglied der DKP.

Auch jetzt soll der nächste Schritt der Priva-tisierung, die Fusion des Klinikums mit dem Elisabethenstift, ohne Transparenz und im Schweinsgalopp durchgezogen werden. Während die Darmstädter Stadtverordneten mit dem Argument, es sei ja noch nichts entschieden, abgespeist werden, geben die Geschäftsführer von Klinikum und Elisa-bethenstift bereits gemeinsame Interviews, in denen sie sich wegen des unternehmeri-schen Handelns gegenseitig auf die Schulter klopfen. Was „unternehmerisches Handeln“ in diesem Zusammenhang bedeutet, lässt sich an zwei Fingern abzählen: Steigende Profite für den „**christlichen**“ Kranken-hauskonzern **Agaplesion**, dem Eigentümer des Elisabethenstifts, auf Kosten von Patien-ten und Beschäftigten. Den Beschäftigten drohen die in kirchlichen Einrichtung übli-chen Löhne und Mitbestimmungsrechte. Oh-ne Streikrecht, ohne Tarifverträge und ohne Einfluss auf die Arbeitsbedingungen.

Dafür gibt die Stadt Darmstadt den letzten Rest von Einflussmöglichkeit auf die Gesundheitsversorgung in



Darmstadt und der Region auf.

**Das Vorgehen von Stadt und Kranken-hauskonzern lässt darüber hinaus die Frage unbeantwortet, ob es in der Regi-on auch künftig die Möglichkeit zum Schwangerschaftsabbruch geben wird.**

Die DKP-Darmstadt fordert die Offenlegung der Fusionspläne. Die Aussage, es sei noch nichts in trockenen Tüchern zeigt, dass die Öffentlichkeit erst informiert werden soll, wenn nichts mehr zu ändern ist.

#### Forderungen der DKP - Darmstadt

- Überführung der Kliniken in öffentliche Hand unter demokratischer und öffentlicher Kontrolle
- Anwendung der Tarifverträge des Öffentlichen Dienstes
- keine Anwendung des kirchlichen Arbeitsrechtes
- ausreichende Finanz- und Personalausstattung
- Tarifvertrag zur ausreichenden Personalbemessung

Die DKP - Darmstadt trifft sich reg-elmäßig im Linkstreff Georg Frö-ba. Interessierte sind herzlich eingeladen. Die Termine sind un-ter <https://www.dkp-darmstadt.de> zu finden.

